

Newsletter des Forschungsschwerpunktes „Zivilgesellschaft und Demokratie“

Januar 2008

Neue DoktorandInnen am Forschungsschwerpunkt

Neue Kohorte der Nachwuchsgruppe „Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance“

Die Nachwuchsgruppe „Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance“ am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität ist an der Schnittstelle von Transformationsforschung sowie policy-analytischer und demokratiethoretischer Europaforschung zu verorten. Zum 1. April 2007 sind erneut Promotionsstipendien vergeben worden. Die neuen MitgliederInnen der Nachwuchsgruppe sind Jenny Elmaco, Freya Brune, Alexia Duten und Christoph Golbeck. Ihre Arbeit schließt an die Ergebnisse der ersten Doktorandenkohorte der Nachwuchsgruppe an und ist Bestandteil der Graduate School of Politics (GraSP) am Münsteraner Institut für Politikwissenschaft.

Die neuen DoktorandInnen sind:

Freya Elisa Brune: „Running for Europe - Aktive Zivilgesellschaft: Förderung europäischer Integration?“

Das Dissertationsvorhaben wird von Freya Elisa Brune bearbeitet. Die Europäische Union als Staat sui generis, hat mit vielfältiger Kritik seine demokratische Legitimation betreffend zu kämpfen. Um diesen Defiziten entgegenzuwirken gibt es Bestrebungen die Bürger der Union näher zusammenzubringen und ihnen ein besseres Verständnis der EU und ihrer Institutionen zu vermitteln. Dazu wurden in den vergangenen Jahren vermehrt Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen ins Leben gerufen und durch EU-Mittel gefördert.

Zudem ist weltweit eine Individualisierung der Gesellschaft zu beobachten. Durch hohe Mobilität, eine zunehmende ethnische Vielfalt innerhalb von Nationalstaaten, und einen dadurch hervorgerufenen Rückgang an Vertrauen in seine Mitmenschen, neigt der Mensch zu einer Abkapselung. Gruppen- und Netzbildung können diesem Trend entgegenwirken. Wie verschiedene Theorien des Sozialkapitals erläutern, kann hierdurch nicht nur der Profit der Individuen, sondern ebenso der Institutionen und des Staates im Ganzen gefördert werden.

Im Zentrum der Dissertation steht die Fragestellung, inwieweit die von der EU vorgestellten Programme eine Förderung von Sozialkapital und damit einen Abbau des Demokratiedefizits leisten können. Zusätzlich soll anhand von Beispielprojekten unter dem EU Programm „Europe for Citizens“, und quantitativen sowie qualitativen Befragungen der Projektteilnehmer und Organisatoren, herausgearbeitet werden, zu welchem Grad diese Projekte den Anforderungen der EU gerecht werden und die o.g. Ziele erreicht werden können.

Alexia Duten: Europäische Union und Global Health: ein weiteres Babel für die Europäische Zivilgesellschaft?

Das Dissertationsvorhaben von Alexia Duten hinterfragt die Stellung und das Agenda Setting Potential der Europäischen Zivilgesellschaftsorganisationen zu der Frage der „Global Health“. Globale Gesundheitsprobleme, eine Folge der internationalen Vernetzung der Gesellschaften, müssen von globalen Playern wie der EU berücksichtigt werden; sie umfassen die Verbreitung tropischer oder unbekannter Krankheiten aber auch Schwächen, die von einer industriellen, „westlichen“ Lebensart erzeugt werden (z.B. Diabetes, Lungenkrebs, etc.). Die Arbeit stellt u.a. folgende Fragen: Wie kommt ein globales Thema auf die europäische Agenda? Welche Rolle spielen dabei zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs)? Welche Beziehungen etablieren sich zwischen den unterschiedlichen Akteuren der EU? Ist, dank anderen vergleichbaren Politikfelder, wie z.B. der Umweltpolitik, ein Vorgehensmuster zu erkennen?

Mit dem Ziel die Bereitschaft der Zivilgesellschaftlichen Organisationen zu analysieren, das globale Thema auf die Europäische Agenda zu setzen, werden die Methoden der Kooperation der verschiedenen Akteure, sowie das Zusammenkommen der NGOs und deren Auftreten auf der europäischen Bühne gemessen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Experteninterviews geführt: Sowohl mit Vertretern der Zivilgesellschaft als auch mit Akteuren der EU Ebene, wie z.B. Europäische Kommission, Ministerrat und Europäisches Parlament. Die verschiedenen Akteure haben sehr unterschiedliche Beziehungen zu den NGOs und deren Lobbyarbeit. Davon hängt u.a. ab, auf welche Weise das Thema „Global Health“ auf der EU Agenda auftaucht und welche institutionellen bzw. gesetzgebenden Folgen es in sich trägt.

Jenny Lind Elmaco: Interregionalismus; Dritter Sektor und neue Governance Konzepte.

Der Einfluss interregionaler Stiftungen auf Governance ist gegenwärtig noch ein wenig erforschtes Gebiet. Das gilt umgekehrt auch für das Aufkommen des New Regionalism und dessen Auswirkungen auf den Dritten Sektor. Auch wenn es ein akademisches und praktisches Interesse an den Interaktionen von Governancestrukturen und Zivilgesellschaft auf interregionaler Ebene gibt, so findet sich kaum theoretische Literatur zu dieser Frage. Hier setzt das Dissertationsprojekt von Jenny Lind Elmaco an. Die praktische Relevanz der Thematik ergibt sich durch die Bedeutung der Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und neuen Governanceformen für die Bildung von effizienten demokratischen Institutionen. Aber welchen Einfluss hat ein transnational operierender Non Profit Sektor auf Governance? Die Antwort auf diese wichtige Frage bleibt die NGO Literatur schuldig, und somit mangelt es auch an praktischen Ratschlägen für die Gestaltung und Implementierung von demokratischen Instrumenten, die bestehende interregionale Netzwerke berücksichtigen.

Die zentrale Forschungsfrage lautet: Wie schaffen, verändern oder beeinflussen interregionale Netzwerke in Form von Stiftungen neue Formen der Governance im Kontext der europäischen Außenbeziehungen? Zur Beantwortung sollen bestehende Analyseinstrumente ausgebaut werden, um ein tieferes Verständnis von Zivilgesellschaft und Multilevel Governance zu ermöglichen.

Auf dieser Basis sollen folgende Fragen beantwortet werden: Sind interregionale Stiftungen innovative Akteure der europäischen Gesellschaft die den politischen und gesellschaftlichen Wandel beeinflussen? Welche Rolle spielen sie im politischen und

sozialen Gefüge der EU? Welche Chancen und Risiken ergeben sich aus ihrer Einbindung in neue Governancestrukturen?

Für eine detaillierte Untersuchung bietet sich eine Fallstudie an. Diese wird grundlegende Informationen über die Asia Europe Foundation ebenso wie Untersuchungen und Interviews in der Stiftungszentrale und dem Amt für auswärtige Beziehungen der EU umfassen. Dazu werden auch diverse Dokumente qualitativ ausgewertet.

Christoph Golbeck: Gemeinnützige Organisationen in Public Private Partnerships.

Das Promotionsvorhaben von Christoph Goldbeck untersucht die Rolle gemeinnütziger Organisationen in Öffentlich-Privaten Partnerschaften oder Public Private Partnerships (PPPs) im Bereich der Jugend- und Familienpolitik.

Gemeinnützige Organisationen erleben unter dem Einfluss der Europäisierung derzeit einen erheblichen Bedeutungszugewinn. Im Rahmen von PPPs werden sie auf nahezu allen politischen Ebenen in die staatliche Dienstleistungserstellung eingebunden. Das trifft insbesondere auf den Welfare Mix im Sinne von Adalbert Evers (2004) als Aktionszentrum gemeinnütziger Organisationen zu. Die EU erhofft sich durch die verstärkte Einbindung des Dritten Sektors einen Abbau des europäischen Demokratiedefizits sowie eine Effizienzsteigerung des europäischen Regierens.

Die tatsächliche Ausgestaltung von PPPs in Multilevel Governancekontexten ist bisher jedoch kaum erforscht. Hier setzt das Forschungsprojekt an. Es wird empirisch fundierte Auskunft über die Rolle gemeinnütziger Organisationen in neuartigen Governance-Arrangements geben. Die folgenden Fragen stehen dabei im Vordergrund:

In welcher Weise trägt die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung europäischer Multilevel Governance bei? Welche Interessen verfolgt der Staat, wenn er zentrale Elemente der Daseinsvorsorge für PPPs öffnet? Wie verändern sich Quantität und Qualität sozialstaatlicher Angebote angesichts der zunehmenden Einbindung nicht-staatlicher und nicht gewählter Akteure in die Politikerstellung? Wie gehen die gemeinnützigen Organisationen mit der zunehmenden Professionalisierung und sukzessiven Überwindung ehrenamtlicher Strukturen angesichts ihrer langfristigen Einbindung in PPPs um?

Die Untersuchung wird in Form teilstrukturierter Experteninterviews auf der Mikro- und/oder Mesoebene durchgeführt werden. Geplant ist eine national vergleichende Studie zwischen PPPs in Deutschland und einem anderen europäischen Land.

Die Nachwuchsgruppe beteiligte sich ferner an folgenden Konferenzen mit Vorträgen:

Dr. Matthias Freise:

- „Taking Stock of Public Private Partnerships in Europe“, gehalten am 29. Januar im Rahmen der CINEFOGO-Tagung „Partnership – Keystone of New Governance“ in Münster
- „Bürgerschaftliches Engagement und Kultur“, gemeinsam gehalten mit Lilian Schwalb am 24. Februar im Rahmen der Tagung „Kultur und aktive Bürgergesellschaft“ der evangelischen Akademie in Tutzing

- „Gibt es eine europäische Zivilgesellschaft“, gehalten am 16. Juni im Rahmen der Jubiläumskonferenz von AEGEE Münster
- „Zivilgesellschaftliche Entwicklungslinien in Ostmitteleuropa: Herausforderung und Chancen“, gehalten am 21. Juni an der Berlin School of Governance
- „Free Welfare Associations in Germany: Between Subsidiarity and Neo-corporatism“, gehalten am 8. Oktober in der Ringvorlesungsreihe des Zentrums für Deutschlandstudien an der Södertörn Universität Stockholm
- Corporatism in flux: Taking stock of public private partnerships in German public service provision, gehalten am 11. November im Rahmen der Konferenz “Focal Point Germany” an der Södertörn Universität Stockholm

Christoph Golbeck:

- „Diskussion um die ‚Zivilgesellschaft‘ – Notwendigkeit eines neuen bürgerschaftlichen Engagements?“, gehalten am 8. Dezember im Rahmen des ersten Werkstattgesprächs des NetWork.21 an der Thomas-Morus-Akademie, Bensberg

Jenny Lind Elmaco:

- „Principal-centred leadership“, gehalten am 12. Juli im Rahmen der Konferenz “The Renaissance of Leadership” an der Silliman University in Negrosoriental (Philippinen)

DoktorandInnen am Graduiertenkolleg „Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jhd. bis zur Gegenwart – Deutschland und die Niederlande im Vergleich“

Die überwölbende Forschungsperspektive des Graduiertenkollegs ist die Frage nach der Genese und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Verständigungsprozesse in Vergangenheit und Gegenwart. Untersucht werden sollen die Wechselwirkungen zwischen der Selbstorganisation von Bürgern als Akteuren der Zivilgesellschaft, dem Staat und dem Markt vor dem Hintergrund unterschiedlicher und sich wandelnder politischer Systeme. Ferner geht es um den Zusammenhang von governance als der Gesamtheit von Regeln, Prozessen und Praktiken, die gestaltendes Handeln in Organisationen bedingen, politischer Kultur und Konsolidierung zivilgesellschaftlicher Netzwerke in Vergangenheit und Gegenwart. Schließlich will das Graduiertenkolleg untersuchen, welche Prozesse zivilgesellschaftlicher Interaktion die Etablierung, Bindungsfähigkeit und das Integrationsvermögen demokratischer Praktiken und Prozesse fördern. Die drei unterschiedlichen Schwerpunktbereiche des Graduiertenkollegs heißen Staat - Nation - Zivilgesellschaft, Zivilgesellschaftliche Verständigung zwischen Markt und Staat und Zivilgesellschaft – europäische Integration – Transnationale Perspektive.

Durch den Forschungsschwerpunkt werden folgende DoktorandInnen betreut:

Mareike Blömker: Kommunale Bürgerbeteiligung in Deutschland und den Niederlanden

Die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Planungs-, Diskussions- und Entscheidungsprozessen ist ein wesentliches Merkmal von Demokratie und Zivilgesellschaft. Seit den Neunziger Jahren hat die Diskussion um die politische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowohl in der politikwissenschaftlichen Debatte als auch in der politischen Praxis in den Nachbarländern Deutschland und die Niederlande Konjunktur. In der Konsequenz werden vor allem in der kommunalpolitischen Praxis beider Länder neue Instrumente und Methoden eingesetzt,

um zivilgesellschaftliche Akteure in lokalpolitische Prozesse einzubinden. Im Mittelpunkt der vergleichenden Forschungsarbeit steht die Frage, wie die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf der lokalen Ebene in Deutschland und in den Niederlanden konkret umgesetzt und praktiziert wird. Damit will die Arbeit Einblicke in die kommunale Beteiligungspraxis in den beiden Ländern bieten und Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten zwischen den Untersuchungseinheiten hinsichtlich der Fragestellung herausstellen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) fördert das Dissertationsprojekt im Rahmen des interdisziplinären wie internationalen Graduiertenkollegs „Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart – Deutschland und die Niederlande im Vergleich“. Das Dissertationsvorhaben wird von Frau Prof. Dr. Annette Zimmer (Institut für Politikwissenschaft) und Herrn Prof. Dr. Friso Wielenga (Direktor des Zentrums für Niederlande-Studien) betreut.

Elisabeth Musch: Staatstradition und gesellschaftliche Integrationsprozesse am Beispiel des Politikfeldes „Migration und Integration“: Eine vergleichende Analyse zwischen den Niederlanden und Deutschland

In dem Promotionsvorhaben sollen Staat-Gesellschafts-Beziehungen im Politikfeld „Migration und Integration“ im deutsch-niederländischen Vergleich untersucht werden. Es geht von der Beobachtung aus, dass Regierung und Verwaltung die Interessenvertretungen von Migranten zunehmend als Ansprechpartner in Fragen der Integrationspolitik betrachten und sie nach Möglichkeit an der Politikentwicklung beteiligen. Deren institutionelle Besonderheiten sind – so die Hypothese – von nationalen Traditionen und etablierten Handlungsrepertoires des Staates im Umgang mit gesellschaftlichen Interessen beeinflusst.

Die Untersuchungsfälle sind nationale Dialogrunden bzw. Konsultationsgremien, wie sie von staatlichen Akteuren in den Niederlanden und Deutschland eingerichtet wurden. In Deutschland sind dies die von der Bundesregierung organisierten Integrationsgipfel von 2006 und 2007 und die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble initiierte Islamkonferenz. In den Niederlanden hatte sich bereits in den 1980er Jahren die sog. LAO-Struktur (*Landelijke Advies- en Overlegstructuur Minderhedenbeleid*), später dann LOM (*Landelijk Overleg Minderheden*) herausgebildet. Ebenso wurde bereits in den 1980er Jahren von der niederländischen Regierung ein Dialog mit Vertretern der Muslime in den Niederlanden angestrebt. Als jüngste Entwicklung ist die 2004 und 2005 durch die damalige Integrationsministerin Rita Verdonk erfolgte Anerkennung des *Contactorgaan Moslims en Overheid (CMO)* und der *Contactgroep Islam (CGI)* als offizielle Gesprächspartner des Staates zu nennen.

Bei der Arbeit handelt es sich um eine vergleichende *Policy*-Analyse, die sich in besonderer Weise mit der Strukturbildung eines Politikfeldes befasst und dabei Staatstraditionen und institutionelle Muster von Staat-Verbände-Beziehungen als Erklärungsvariable heranzieht.

Matthias Kortmann: Migrantenselbstorganisationen und Integration:
Einwandererverbände als Interessenvertreter in Deutschland und den Niederlanden

Wenn von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen die Rede ist, geraten regelmäßig Fragen der Inklusion und der Teilhabe von gesellschaftlichen Gruppen

in den Fokus der wissenschaftlichen wie politischen Debatten. Selbstorganisation auf der einen und Integration auf der anderen Seite bilden insbesondere bei der Bewertung des zivilgesellschaftlichen Engagements einer spezifischen Bevölkerungsgruppe zwei Seiten derselben Medaille: der Gruppe der Einwanderer. Die Frage nach einer inkludierenden oder exkludierenden Wirkung der Interessenvertretung durch Migrantenselbstorganisationen (MSO) hat dabei bis heute immer wieder zu kontroversen Debatten geführt, ohne abschließend beantwortet werden zu können.

In den Niederlanden, in denen lange Zeit weitgehend unwidersprochen von einer integrativen Wirkung der Selbstorganisation von Einwanderern ausgegangen wurde, weist die Einbeziehung von MSO in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bereits eine gewisse Tradition auf. In Deutschland wird erst seit kurzen in MSO ein Integrationspotenzial erkannt, so dass hier die Anerkennung und Etablierung von Migrantenverbänden als legitime Interessenvertreter ihrer Klientel – bspw. auf dem Islam- oder dem Integrationsgipfel – ein noch sehr neues Phänomen darstellt.

Deutlich wird in diesem Zusammenhang zweierlei: Einerseits werden Migrantenverbände vor allem als Vermittler in Integrationsfragen im politischen Prozess angesprochen, unabhängig davon, welche Ziele sie als Interessenvertreter ursprünglich verfolgen. Andererseits wird die Frage, was unter Integration eigentlich zu verstehen ist, i.d.R. vonseiten der Aufnahmegesellschaft definiert.

Für das vorliegende Forschungsvorhaben ergeben sich daraus folgende Schlussfolgerungen: Einerseits soll hier die Interessenvertretung von Migrantenverbänden aus ihrer eigenen Perspektive in den Blick genommen werden. Es soll also innerhalb eines bottom-up-Ansatzes der Frage nachgegangen werden, wie die Vertreter der MSO selbst ihre Rolle, Ziele und Funktion als Interessenvertreter definieren und wie sie ihrerseits den Integrationsbegriff deuten. Welches Verständnis von Integration lobbyieren Repräsentanten von MSO also innerhalb des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses? Auf welche Erwartungen der aufnahmegesellschaftlichen Stellen treffen sie dabei? Wie sieht der Staat also die Rolle der Migrantenverbände, welchen Integrationsbegriff verwendet er? M.E. bietet diese Offenlegung der Definition und Anwendung des schillernden Begriffes „Integration“ – quasi als ein „Schritt zurück“ – einerseits die Möglichkeit, den Weg in eine stärker differenzierende Diskussion innerhalb der Fachwissenschaft zu ebnet. Andererseits könnte auf diese Weise nicht zuletzt auch eine weniger missverständliche Kommunikation zwischen den beiden Seiten „MSO“ und „Aufnahmegesellschaft“ ermöglicht werden.

Boris Kraus: Das Selbstverständnis von Gewerkschaften zum demografischen Wandel in den Niederlanden und Deutschland.

Der demografische Wandel stellt heute und in den kommenden Jahrzehnten nahezu alle Industrienationen vor große Herausforderungen, welche vor allem die zukünftige Finanzierbarkeit des Sozialstaats in Frage stellen. Auch Deutschland und die Niederlande sehen sich mit diesen demografischen Herausforderungen konfrontiert, nicht zuletzt da beide Länder erwerbsarbeitszentriert sind und sich an verschiedensten Stellen Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und dem Wandel von Arbeitsverhältnissen und sozialen Lebenslagen erkennen lassen. In den letzten Jahren führte der demografische Wandel bereits zu signifikanten Adaptionen des Sozialstaates, welche jüngst in beiden Ländern in einer Erhöhung der Regelaltersgrenze führte.

Gewerkschaften nehmen hier aufgrund ihrer zivilgesellschaftlichen Rolle als Arbeitnehmerorganisation zwischen Markt und Staat eine wichtige Position in der Demografie-Debatte ein. Sie positionieren sich nicht nur gegenüber der aktuellen Sozialpolitik der Regierung, sondern nehmen auch als Massenorganisation eine wichtige Funktion als Meinungsmacher ein, indem sie die zukünftigen sozialpolitischen Herausforderungen bewerten und politisch mitgestalten können. Das Forschungsvorhaben beschäftigt sich komparativ mit dem Selbstverständnis von deutschen und niederländischen Gewerkschaften zum demografischen Wandel und untersucht die Problemwahrnehmung, Positionierung und Lösungsansätze von Gewerkschaften in der Debatte zum demografischen Wandel, sowie deren positive und negative Beziehungsstrukturen zu anderen Akteuren in diesem Politikfeld: Bei dem Dissertationsvorhaben handelt es sich um eine explorative, komparative Untersuchung gewerkschaftlicher Aktivitäten im Politikfeld „demografischer Wandel“, welche sich entlang der vergleichenden Politikfeldanalyse orientiert. Das Forschungsvorhaben basiert auf qualitativen Methoden der Sozialforschung und bedient sich insbesondere der Diskursanalyse und der leitfadensbasierter qualitativer Interviews.

Neu am Forschungsschwerpunkt: Dr. Ines Michalowski

Im Rahmen des Graduiertenkollegs „Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jhd. bis zur Gegenwart – Deutschland und die Niederlande im Vergleich“ vergleicht Ines Michalowski die Organisation von Integrationsmaßnahmen für Neuzuwanderer in Deutschland und den Niederlanden. Dabei bearbeitet sie insbesondere die Fragestellung inwiefern ein Rückzug des Staates aus der Integrationsförderung - wie 2003 in den Niederlanden angedacht - möglich ist. Zur Beantwortung dieser Frage sollen diese nordwesteuropäischen Staaten mit schlankeren Wohlfahrtsstaaten wie etwa Spanien oder auch den USA verglichen werden. Welche Leistungen werden in diesen Ländern vom Staat bereitgestellt, welche Aufgaben muss der Migrant selbst übernehmen und in welchen Bereichen ist ein effektives zivilgesellschaftliches Engagement zu beobachten?

Erfolgreiche Habilitation von Dr. Heike Walk

Die erfolgreiche Habilitation von Dr. Heike Walk greift drei aktuelle Themen der politikwissenschaftlichen Forschung auf: die Partizipations- und Governancedebatte sowie die Klimapolitik. Die Autorin setzt sich mit der demokratietheoretischen Relevanz von Governanceprozessen auseinander und legt die vielfältigen Beteiligungsformen nichtstaatlicher Akteure auf den verschiedenen Ebenen der Klimapolitik dar. Dabei steht die These im Vordergrund, dass sich ein wirksamer Klimaschutz nicht allein durch eine breite Öffentlichkeits- und Informationspolitik durchsetzen lässt, sondern auch der breiten Einbeziehung und des Mitmachens weiter Teile der Bevölkerung bedarf.

Anlehnend an Konzepte der partizipativen Demokratietheorie wird in der Habilitation der Begriff der partizipativen Governance-Forschung verwandt, der zum Ausdruck bringen soll, dass der Beteiligung der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Der Begriff partizipative Governance zielt darauf ab, dass die politische Mitwirkung möglichst vieler in möglichst vielen Bereichen vorangetrieben werden soll. Dabei steht die Ausdehnung des Demokratieprinzips auf alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche sowie der Privatsphäre im Mittelpunkt. Dies impliziert eine erzieherische Funktion an demokratische Systeme sowie die Herstellung einer öffentlichen Kommunikation sowie einer Transparenz der Strukturen.

Partizipation heißt in diesem Zusammenhang immer auch die Verhandlung von Interessen, das Eingreifen in Machtstrukturen sowie die Emanzipation von vorherrschenden Verhältnissen. Emanzipation ist hier im Zusammenhang mit der Stärkung des Selbstbewusstseins und der Fähigkeiten durch Beteiligung zu sehen.

Um die anspruchsvollen theoretischen Zielformulierungen von Bürgerpartizipation und Governance den realen Politikpraktiken gegenüber zu stellen, wird in der Habilitation eine thematische Fokussierung vorgenommen. In der Klimapolitik können verschiedenste neue Governance-Arrangements beobachtet werden, die sich für eine Analyse anbieten, genannt seien hier bspw. der Emissionshandel und Erneuerbare Energien. Aber auch die Durchsetzung der Beteiligungsrechte und die Entstehung der verschiedenen Beteiligungsformen in der Klimapolitik sind für eine Analyse interessant. Demzufolge widmet sich die Arbeit auch den Gestaltungsprozessen der Beteiligung und fragt nach den Institutionalisierungsprozessen, der Einführung neuer Instrumente, der Bildung neuer Netzwerke, dem Stellenwert neuer Governance-Formen sowie den Ansprüchen in der Praxis.

Aktuelle Publikationen

Neue Reihe: „European Civil Society“

Im Frühjahr 2008 startet die neue englischsprachige Reihe „European Civil Society“ des Forschungsschwerpunkts „Demokratie und Zivilgesellschaft“ im renommierten Nomos Verlag Baden-Baden. Sie wird von Prof. Dr. Annette Zimmer und Dr. Matthias Freise betreut und steht vorrangig sehr guten Dissertationen und Habilitationsschriften offen, die sich mit Themen der europäischen Zivilgesellschaftsforschung befassen. Geplant ist die Publikation von bis zu fünf Büchern im Jahr. Den Anfang macht ein Sammelband zum Thema „European Civil Society“, den Matthias Freise herausgegeben wird. Er vereint verschiedene Konferenzbeiträge der Nachwuchsgruppe aus den vergangenen Jahren mit den Ergebnissen anderer Forschungsinstitutionen, mit denen die Gruppe in der Vergangenheit kooperiert hat. Im Laufe des Jahres folgen dann die Dissertationen von Kristina Charrad, Gudrun Eisele, Birgit Sittermann und Dominik Sopart aus der ersten Doktorandengruppe. Wenn Sie sich für eine Veröffentlichung in der Reihe interessieren, wenden Sie sich bitte an Herrn Freise (freisem@uni-muenster.de).

Filmprojekt „Partner Zivilgesellschaft“

Neue Wege bei der Publikation von Ergebnissen ist der Forschungsschwerpunkt „Demokratie und Zivilgesellschaft“ 2007 mit der Produktion des Filmes „Partner Zivilgesellschaft“ gegangen. Der Film wurde im Rahmen des CINEFOGO-Projektes „Partnership – Keystone of New Governance“ entwickelt und ist für die politische Bildungsarbeit konzipiert. Konzeptionalisiert, gedreht und produziert wurde er von Astrid Sauermann, die dabei mit Frau Zimmer und Herrn Freise zusammen gearbeitet hat. Er dokumentiert verschiedene Beispiele von Public Private Partnerships im Münsterland aus den Bereichen Sport, Kultur sowie öffentlicher Nahverkehr und diskutiert Herausforderungen und Chancen dieser Partnerschaften. Der Film wird gegenwärtig auf DVD vervielfältigt und kann bereits heute unter der Adresse <http://nez.uni-muenster.de> in einer internetoptimierten Version angesehen werden. Es stehen eine englische und eine deutsche Version zur Verfügung.

Neue Publikation des Projektes Bürgerschaftliches Engagement und Management

Das Projekt Bürgerschaftliches Engagement und Management stellte wesentliche Ergebnisse der Forschung in einer Publikation „Die Vergessene Elite – Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen“ heraus, der von Karin Beher, Holger Krimmer, Thomas Rauschenbach und Anette Zimmer herausgegeben wurde. Der Band nimmt das Spannungsfeld zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Management systematisch in den Blick. Er umfasst sowohl einen differenzierten Überblick über den aktuellen Forschungsstand als auch zentrale Ergebnisse aus der Befragung von Führungskräften.

Einbindung des Forschungsschwerpunkts in die Lehre

Aktive Beteiligung am Masterstudiengang Politikwissenschaft plus:

Die Aufbau- und insbesondere die Vertiefungsseminare des Masterstudiengangs Politikwissenschaft plus des Instituts für Politikwissenschaft stehen in engem Bezug zu Forschungsprojekten des Schwerpunktes. In dem zweijährigen Programm trägt der Schwerpunkt mit sieben Veranstaltungen – einer einleitende Überblicksveranstaltung, die in die verschiedenen Thematiken, methodischen wie methodologischen Zugänge des Schwerpunktes einführt; vier Aufbauseminare, die auf Einzelaspekte fokussieren und grundlegend sind; zwei Vertiefungsseminare – bei. Die Studierenden des Masters sollen zudem die Möglichkeit erhalten, an wissenschaftlichen Tagungen und Exkursionen des Forschungsschwerpunktes teilzunehmen.

Weitere innovative Lehrangebote

Vom 17.-18. Januar 2008 hat in Kooperation mit der Akademie Franz Hitze Haus eine Tagung zum Thema „Migration und Zivilgesellschaft“ stattgefunden, die gemeinsam von Dr. Dirk Halm (Essen) und Prof. Dr. Zimmer organisiert wurde. Unter anderem ist es gelungen, Prof. Dr. Ruud Koopmans (Amsterdam/Berlin) für einen Vortrag zu gewinnen. Hauptseminare werden von Dozenten des Forschungsschwerpunktes auch in der Form von Exkursionen und Tagungen angeboten, um den Studierenden die Möglichkeit des Austausches mit Praktikern aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik zu ermöglichen. Gleiches gilt für die Ringvorlesungen. Hier werden aktuelle Themen aufgegriffen: Im kommenden Semester steht eine Gastvortragsreihe zu Corporate Social Responsibility, der Frage der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen an. Zurzeit kommen im Zuge der Ringvorlesung Transnationale Zivilgesellschaft in Europa zahlreiche renommierte WissenschaftlerInnen wie z.B. Prof. Dr. Dieter Rucht oder Prof. Dr. John Keane ans Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster.

Fortführung des BEM Projektes

In der Fortführung des Projektes „Bürgerschaftliches Engagement & Management“ wird es gelingen, die bisherige Frageperspektive, die sich ausschließlich auf die Führungskräfte des Dritten Sektors in Deutschland bezog, zu erweitern. In den Vordergrund rücken nun mehr Fragen nach den organisationalen Rahmenbedingungen in Nonprofit-Organisationen des Sports und der Sozialen Dienste. Diese beiden Bereiche werden herausgegriffen, um an ihnen prototypisch zu untersuchen, wie sich die Organisationen verändern, wenn sie verstärkt am Markt partizipieren, sich also mithin ihre Organisationsumwelt ändert. Um diese Problematik zu untersuchen, wird ein Methodenmix angewandt, in dem zunächst Organisationsanalysen und qualitative Interviews mit Vertretern ausgewählter

Organisationen durchgeführt werden, bevor eine quantitative Untersuchung der kooperierenden Organisationen die Perspektive verbreitert und den Vergleich der Ergebnisse mit der ersten Projektphase ermöglicht. Damit ist auch die Anschlussfähigkeit an weitere aktuelle Forschung (bspw. Im Freiwilligensurvey) gesichert. Erneut fördert das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend das Projekt mit Drittmitteln in erheblichem Umfang, ebenso wird die erfolgreiche Kooperation mit der Universität Dortmund fortgesetzt.

Austausch, Vorträge und Konferenzen

Dr. Matthias Freise als Gastwissenschaftler am Economic Research Institute der Stockholm

Dr. Matthias Freise, Leiter der Nachwuchsgruppe „Europäische Zivilgesellschaft“ im Forschungsschwerpunkt „Demokratie und Zivilgesellschaft“ hat das Wintersemester 2007/2008 als Gastwissenschaftler am Economic Research Institute der Stockholm School of Economics (www.hhs.se) verbracht. Ausgestattet mit einem Mobilitätsstipendium des CINEFOGO-Netzwerkes der Europäischen Union (www.cinefogo.org) arbeitet Herr Freise an der Fertigstellung zweier größerer Publikationen, die in der ersten Jahreshälfte 2008 erscheinen werden und trieb zudem Vorarbeiten für ein größeres Forschungsvorhaben voran.

Der Sammelband „European Civil Society“ eröffnet die gleichnamige Reihe im renommierten Nomos-Verlag Baden-Baden. Der Band diskutiert Möglichkeiten und Grenzen der Europawissenschaften, verschiedene Forschungsfelder unter dem Sammelbegriff Zivilgesellschaft zu verbinden und unter gemeinsamen empirischen wie normativen Fragestellungen zu betrachten. Im weiteren Verlauf des Jahres werden hier auch die ersten vier Dissertationen aus der Nachwuchsgruppe veröffentlicht.

Weiterhin hat Herr Freise den Themenschwerpunkt „Mehr als nur ein Feigenblatt? Brüssel und die Civil Society“ des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen in Stockholm editiert. Das Heft erscheint im Mai 2008 und führt verschiedene Studien zur Instrumentalisierung der Zivilgesellschaft durch die europäischen Institutionen, insbesondere durch die EU-Kommission zusammen.

Die Arbeit von Herrn Freise an der Stockholm School of Economics intensiviert die gute Zusammenarbeit des Forschungsschwerpunktes mit der schwedischen Hochschule weiter. Prof. Filip Wijkström, Direktor des Forschungsinstituts und sein Team sind ebenfalls Teil des CINEFOGO-Netzwerkes und kooperieren zudem im Europäischen Doktorandennetzwerk und dem EVA-Forschungsverbund.

Prof. Dr. Zimmer referierte an der Waseda Universität Tokio

Auf einer Tagung zum Thema Chancen und Risiken von Dezentralisierung im Vergleich, veranstaltet vom Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin, der Waseda Universität, Tokyo und der Marthin-Luther-Universität Halle-Wittenberg referierte Prof. Zimmer am 28.9.2007 zum Thema „Der Bürger als Partner: Kommunale Selbstverwaltung und bürgerschaftliches Engagement“. Der Beitrag behandelt die Kommunale Selbstverwaltung als ein komplexes Konzept, das ganz wesentlich auch Bürgerschaftliches Engagement als die Mitwirkung und das Mitmachen von Bürgern und Bürgerinnen in zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort umfasst. Es wird gezeigt, dass diesem, heute

von der kommunalpolitischen Literatur eher vernachlässigten Aspekt des Engagements, in den frühen Anfängen der kommunalen Selbstverwaltung eine zentrale Bedeutung zukam. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden Bürger in beachtlichem Umfang zur Leistung öffentlicher Aufgaben von staatswegen unentgeltlich und damit ehrenamtlich eingespannt. Infolge der Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates wurde dieses Engagement zugunsten staatlich-öffentlicher Leistungen zurückgedrängt. Heute in Zeiten des Wandels des Staates und unter dem Diktat leerer Kassen hat diese Form von Engagement jedoch wieder an Aktualität gewonnen.